

Meine Erfahrungen mit und Anmerkungen zu SZ-JournalistInnen in der journalistischen Auseinandersetzung mit dem Ukraine Konflikt

Franz Josef Piwonka

Wer die Presse- und Medienlandschaft der letzten Monate zum Ukraine Konflikt verfolgt, dem drängt sich ein irritierendes Bild auf: die Berichterstattung hat ein erschreckendes Ausmaß an politischer Uniformität bis hinein in dieselbe Wortwahl angenommen. Daher wundert es beim besten Willen nicht, wenn der ehemalige Ministerpräsident von Brandenburg Matthias Platzeck sagt, dass die hiesige Berichterstattung ihn an alte SED-Zeiten erinnere. Die geistige Eskalationsbereitschaft deutscher JournalistInnen geht so weit, dass sogar hohe Militärs ihre mahnende Stimme erheben und vor einer gefährlichen Eskalationsdynamik warnen: eine Absurdität der besonderen Art (s. u.).

Da mich interessiert, was in den Köpfen dieser faktisch gleichdenkenden JournalistInnen vor sich geht, habe ich mit vier SZ-JournalistInnen Kontakt aufgenommen und mich kritisch mit deren Artikeln beschäftigt: Cathrin Kahlweit, Stefan Braun, Julius Hans und Stefan Ulrich. Der intensivste Mailkontakt war mit Ulrich. Das interessante daran ist, dass sie zuerst gar nicht reagierten. Erst als ich etwas provokativ nachfasste, reagierten sie. Ich habe sie anfänglich alle mit der faktischen Gleichschaltung der Berichterstattung und dem unverkennbaren binären Weltbild von Schwarz und Weiß konfrontiert. Bis auf Kahlweit fühlten sie sich persönlich angegriffen und Hans vermutete sogar, ich wolle meinem Frust an der Welt nur „auskotzen“, die Toten seien mir egal. Sie nahmen somit meine Kritik gar nicht inhaltlich wahr, sondern bezogen sie auf ihre eigene Person selbst, was wohl auf eine narzisstische Kränkung schließen lässt. Ihrer herausragenden Stellung als Meinungsmacher und Weltbildproduzenten, die man durchaus mit einer Lehrposition vergleichen kann und sogar aufgrund des Wirkungsgrades der Botschaften darüber hinausgeht, ist es wohl geschuldet, dass sie auf die dargelegte Weise reagiert haben.

Offenbar fällt es JournalistInnen schwer, nachzuvollziehen, dass Leser über sie verärgert sind und dies ihnen auch mitteilen. Es habe doch jeder das Recht, seine eigene Meinung zu vertreten, lautete ihre Antwort. Damit aber unterstellen sie das Modell des kontroversen Austausches zweier Parteien beziehungsweise Personen. Ihnen fehlt das Bewusstsein einer höchst asymmetrischen Situation zwischen LeserInnen und JournalistInnen, die Hunderttausende von Menschen beeinflussen kann, während LeserInnen diesen gegenüber nur Ihren Protest erheben können.

Vor diesem Hintergrund weisen JournalistInnen den Vorwurf einseitiger und manipulativer Berichterstattung gern zurück und entgegnen dem Leser, dass sie ihre Artikel mit bestem Wissen und Gewissen schreiben würden. So schrieb mir Ulrich, dass für ihn Sachargumente entscheidend wären und nicht, ob sich dieser oder jener General oder Politiker in das eine oder andere Lager schlage. Wiederum suggeriert er, als handele sich bei ihm lediglich um einen Diskussionsteilnehmer, der berechtigterweise seine eigene Sichtweise zur Darstellung bringe. Dass seine

Rolle als öffentlicher Meinungsproduzent bestimmte Pflichten mit sich bringt, wie umfassende Berichterstattung, was die Thematisierung und Darstellung kontroverser Standpunkte impliziert, damit sich die LeserInnen eben ein eigenes Meinungsbild machen können, wird ausgeblendet. Es wäre daher zu erwarten gewesen, sich genauer mit den Auffassungen hoher Generäle oder ehemaliger Politiker zu beschäftigen, insbesondere jene, die mit Putin verhandelt haben, wie z.B. Verheugen und Teltschik, die von beachtlichen Verhandlungserfolgen mit Putin sprechen, womit sie dem journalistischen Mainstream widersprechen und eine Konfrontationspolitik gegenüber dem Osten scharf kritisieren. Ich teilte Ulrich mit, dass beispielsweise Teltschik in einer Fernsehdiskussion berichtet hat, dass Putin ihm im Gespräch mitgeteilt habe, dass er auf die baltischen Staaten, die der NATO beitraten, verzichten konnte, da er im gleichen Jahr das Angebot des NATO-Russlandrates bekam. Das sei eine vergleichbare Situation wie heute, ergänzte Teltschik. Doch nichts von dem veranlasste Ulrich, sich mit diesen Experten näher zu beschäftigen.

Vielmehr rechtfertigt Ulrich seinen Verzicht darauf mit dem Hinweis, dass es auch andere Politiker, Militärs und Fachleute gäbe, die Putins Politik scharf kritisierten. Interessanterweise führt er, was aufschlussreich ist, aber nur Joschka Fischer an. Wiederum unterstellt er, als handele es sich lediglich um eine Auseinandersetzung zwischen zwei kontroversen Personen, die argumentativ um die richtige Sichtweise ringen. Erneut ignoriert er seine journalistische Aufgabe der Information seiner LeserInnen mit möglichst umfangreichen, somit also auch kontroversen Stellungnahmen.

Damit im Zusammenhang steht ein anderer frappierender Sachverhalt: die Naivität ihrer Rechtfertigung gegenüber dem Leser lässt erkennen, dass ihnen ebenso ein Bewusstsein ihrer journalistischen Rolle als kritische Begleitung herrschender Mächte und Politik gänzlich zu fehlen scheint. Aus meiner Auseinandersetzung mit den vier JournalistInnen geht hervor, dass die Anmahnung ihrer journalistischen Selbstverpflichtung als quasi „vierter Kraft“ an ihnen einfach abprallt.

Gerade aber wenn es um Fragen von Leben und Tod geht und zur öffentlichen Diskussion zu stehen hat, ob die Mächtigen das Leben von Menschen für ihre imperialen Ziele instrumentalisieren, müssten die Medien umso konsequenter die dazu gelieferten Rechtfertigungsstrategien en Detail auf ihre Glaubwürdigkeit beleuchten und sezieren. Doch genau bei dieser Aufgabe aber versagen die herrschenden Medien groteskerweise vollständig. Nicht nur das: obwohl in der Ukraineproblematik selbst hohe Militärs vor einer konfrontativen Politik des Westens gegenüber Russland warnen, wie z.B. der Brigadegeneral der Bundeswehr a. D., Klaus Wittmann, und der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Harald Kujat, die beide medial ermahnen, dass eine Befriedung des Konflikts nicht gegen, sondern nur mit Putin gelingen kann, lassen zumindest deutsche JournalistInnen nichts unversucht, dennoch kräftig an der Eskalationsspirale zu drehen.

Die vier von mir kontaktierten JournalistInnen stehen paradigmatisch für diese Absurdität der Produktion veröffentlichter Meinung, die, wie in diesem Konflikt

erstmal unmissverständlich deutlich wird, immer mehr in Gegensatz zur öffentlichen Meinung gerät, deren Niederschlag sich in den Leserbriefen wiederfindet, die sich dort von der journalistisch produzierten Sichtweise distanzieren. Auch diese Diskrepanz wird offenbar von JournalistInnen nicht wahrgenommen beziehungsweise verdrängt. So teilt mir Ulrich mit, dass Putin der Sowjetunion nachtrauere, einem der schlimmsten imperialistischen Unterdrückerregime der Geschichte, welches zahlreiche Staaten über Jahrzehnte geknechtet habe. Ohne dass ihm etwas auffällt, fügt er hinzu, dass dort alle Medien gleichgeschaltet seien. In einem Interview mit der Medienwissenschaftlerin Sabine Schiffer erklärt sie diese markante Diskrepanz mit der geradezu exzessiv betriebenen Produktion primitivster und daher durchschaubarer Feindbilder über Russland und Putin: dessen Dämonisierung desavouiert sich selbst und schlägt ins Gegenteil über oder anders: Aufklärung contra voluntatem (20.06.2014 weltnetz.tv Putin vs. Obama. Sprachwissenschaftlerin Sabine Schiffer über Parteinahme in den deutschen Medien).

Der Kern der westlichen Berichterstattung ist die propagandistische Verbreitung und Pflege eines simplen Feindbildes von Gut und Böse. Feindbilder sind eine Methode der Komplexitätsreduktion. Sie manifestiert sich unmissverständlich an dem denunziatorischen Begriff des „Putin-Verstehers“. Da Putin nun zur „Achse des Bösen“ gehört, kann man den Vertreter eines Perspektivenwechsels, der der Komplexität der Materie gerecht wird, der Kumpanei mit dem Bösen verunglimpfen.

Demgemäß sucht man in der westlichen Presse die Wiedergabe östlicher Standpunkte, insbesondere die Sorgen der dortigen Politiker, vergeblich. Stefan Braun, dem ich diese uniformierte Berichterstattung, die ins Auge sticht und von der sich jeder Leser selbst problemlos überzeugen kann, ebenfalls vorhielt, entgegnete mir, dass dies ein Generalvorwurf sei, der keinen Spielraum für Diskussionen lasse. Trotz mehrmaliger Bitten, mir doch Belege für die Unrichtigkeit meiner Behauptung zu erbringen, schwieg er. Allein die Präsentation östlicher Standpunkte und Stellungnahmen wären geeignet, eine kritiklose Übernahme der westlichen Politik, vor allem der der USA, zu verhindern und zu sensibilisieren für die Interessen des Westens, vor allem dessen eigene unverkennbare Einflussnahmen in der Vergangenheit bis zum heutigen Tag. So belehrten mich alle vier JournalistInnen, dass Putin die Ukraine destabilisiere. Es zeigt sich immer mehr, dass es sich hier um einen Stellvertreterkonflikt handelt, der das bipolare Muster des Kalten Krieges des 20. Jahrhunderts revitalisiert. Beide Parteien lassen nichts unversucht, ihren Einfluss auf die Ukraine geltend zu machen. Da aber Putin als imperialer Autokrat ausgemacht wurde, sind seine Einflussnahmen auf die Ukraine logischerweise ein Beweis für dessen Destabilisierungsabsichten. Das Feindbild fungiert als ein sich selbst bestätigender Mechanismus. So war zu erwarten, dass mir Ulrich schreibt, er sei verblüfft darüber, dass sich immer mehr Menschen in Deutschland offenbar nicht nur in der Sache, sondern auch hoch emotional mit Putin identifizieren würden.

So schrieb ich Ulrich: „Zu ihrem Weltbild kommt man nicht mit bestem Wissen und Gewissen, sondern umgekehrt: erst, wenn man die Genese und den Hintergrund des Konflikts unterschlägt, wie es charakteristisch ist für die herrschende Berichterstattung, gelangt man zielsicher zu ihrem komplexitätsreduzierten Weltbild, oder noch kürzer: hinten kommt nur heraus, was man vorne eingibt“. Längere Zitate von östlichen Politikern, in denen sie u.a. dem Westen genau jene Vorwürfe machen, mit denen der Osten aus dem Westen konfrontiert wird, wie die „destabilisierende Natur des Raketenschildes“ oder die Ignoranz des Westens gegenüber den vielfältigen Kooperationsgesuchen des Ostens, werden von meinen GesprächspartnerInnen konsequent ignoriert.

Feindbilder erhalten nur dann ihre suggestive Kraft, wenn man Kontexte und komplexere Zusammenhänge, in den die Akteure handeln und aus denen heraus ihr Handeln erst nachvollziehbar und verständlich wird, unterschlägt. Genau das ist ein hervorstechendes Charakteristikum der medialen Berichterstattung. Nur so kann Putin als der Ausdruck des Bösen erscheinen. Die Einverleibung der Krim in den russischen Staat sei natürlich das Paradebeispiel für die imperialen Gelüste von Putin, die er nun in der Ukraine fortsetze. Wie dargelegt, gelingt dies nur, wenn die Medien alle Zusammenhänge, aus denen heraus diese Maßnahme erklärbar wird, verschleiern. Deshalb habe ich eine Wissenschaftlerin von der gewiss nicht regierungskritischen Stiftung Wissenschaft und Politik, Sabine Fischer, zitiert, was ich hier wiedergeben möchte: „Russland ist, wie die EU, vom Umsturz in Kiew überrumpelt worden. Härte und Tempo der russischen Reaktion sind auf den Schock über die eigene Fehleinschätzung zurückzuführen. Daraus erklärt sich die Nichtanerkennung der neuen Machthaber in Kiew ebenso wie die russische Intervention auf der Krim. Moskaus Handlungen sind somit reaktiv und aggressiv zugleich, dabei aber im Kontext des russischen Narrativs weitgehend rational und logisch“(Eskalation der Ukraine-Krise. Gegensätzliche Interpretationen erschweren internationale Diplomatie. SWP-Aktuell 13, 3/2014).

Wie reagiert nun Ulrich darauf? Er stellt fest, dass die EU nicht vorausberechnet habe, wie Putin wohl reagieren würde und wie sie darauf antworten könnte und fügt hinzu, dass der Umsturz in Kiew es keineswegs rechtfertige, dass sich Putin einen Teil der Ukraine einverleibe. An anderer Stelle schreibt er, dass es zwar Gründe gäbe, dass sich Putin so verhalten habe, doch diese Gründe rechtfertigten nicht sein Verhalten. An zwei anderen Stellen bekräftigt er noch einmal diesen Standpunkt. Ganz unbemerkt vollzieht er hier aber eine gewichtige und folgenreiche Verschiebung: die Frage nach der juristischen Rechtfertigung des politischen Verhaltens ist eine ganz andere Frage als die Frage nach faktischen politischen Zusammenhängen. Wenn schon das politische Verhalten von Putin erklärbar wird, muss sofort darauf hingewiesen werden, dass es juristisch nicht legitimierbar ist. Also kann man ihm trotz der Berücksichtigung der Gründe für sein Verhalten dieses Verhalten dennoch zum Vorwurf machen.

Bei der Frage nach der Einschätzung des Verhaltens der Konfliktpartner geht es aber nicht unbedingt vorrangig um die Frage nach der juristischen Legitimität des eigenen Verhaltens, sondern um die Erfassung faktischer politischer

Zusammenhänge und Interdependenzen, da ganz offensichtlich beide Konfliktparteien ihr Handeln nicht an juristischen Vorgaben orientieren, oder kürzer: die Einverleibung der Krim ist eine faktische Reaktion auf den Putsch in Kiew. Ginge es in der Politik prioritär um juristisch einwandfreies Handeln, könnte man dem Westen eine längere Liste an Rechts-, insbesondere Völkerrechtsbrüchen vorhalten. Gemäß dieser Logik könnte ein Vertreter Putins ebenso argumentieren und darauf hinweisen, dass dies nicht den rechtswidrigen Putsch in Kiew und dessen Absegnung durch den Westen rechtfertige. Durch diese trickreiche Verschiebung gelingt Ulrich ein pseudoargumentativer Vorteil. Meinen Hinweis auf die Relevanz tatsächlicher empirischer Zusammenhänge zur adäquaten Beurteilung des jeweiligen politischen Handelns ignoriert Ulrich geflissentlich und erneuert lediglich seine diesbezüglichen Aussagen. Meinen ironisch polemischen Hinweis, dass nicht nur der Westen das Recht auf Völkerrechtsbrüche hat, scheint er nicht zu verstehen beziehungsweise wollte es vielleicht auch gar nicht. Ganz unabhängig von der juristischen Fragestellung ist die Kontextualisierung des putinschen Verhaltens geeignet, das liebevoll ausgemalte Feindbild einem Erosionsprozess zu unterziehen.

Es ist evident, dass sich „der Westen“ in der Beurteilung des Konflikts doppelte Standards zu eigen macht. Es ist nicht zu übersehen, dass westliche Medien die Maidan-Demonstranten, die zuletzt von Rechtsextremisten durchsetzt und geführt wurden, kritiklos als „Freiheitskämpfer“ bezeichnen, während sie die Aktivisten im Osten der Ukraine ganz selbstverständlich als „prorussische Kämpfer“ beziehungsweise „Separatisten“ titulieren. Auch die Empörung über Putin, insbesondere seiner Einverleibung der Krim, drückt diese doppelten Standards aus, da sie unterstellen, dass der Westen sich völkerrechtlich bisher nichts zu Schulden kommen ließ. Der Politologe und Osteuropaexperte August Pradetto fragt, ob sich die Auffassung durchgesetzt habe, dass alles, was der Westen macht, a priori legitim sei und stellt fest: „Wenn das so ist, dann sitzen „unsere“ Journalisten und Beobachter nicht weniger der Propaganda ihrer Staatsführer oder ihrer eigenen Ideologie auf als die Journalisten und Beobachter in jenen Ländern, die wir für gelenkte Demokratien oder Diktaturen halten“ („Die Krim, die bösen Russen und der empörte Westen“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2014). Ich halte Ulrich dieses Zitat vor und frage ihn, ob er seine Kritik nicht auch gegenüber dem Westen im gleichen Maße zum Ausdruck bringen müsste. Allen Ernstes antwortet er mir darauf, dass er die amerikanische und die russische Dominanz in Europa politisch und moralisch nicht auf die gleiche Stufe stelle und er daher die russische für weniger legitim halte. Dass dies Putin nicht gefalle, sei selbstverständlich.

Ich entgegne ihm, dass Gegenstand der Diskussion nicht sein könne, ob ihm die westliche Dominanz gefalle, da es auf dem Globus höchst unterschiedliche Interessen gäbe, deren gleichberechtigte Berücksichtigung essentiell nötig sei, um eine friedliche Welt herzustellen. Nur die klassische Balance of Power garantiere diesen Zustand. Die Abwegigkeit dieser seiner Aussage karikierte und illustrierte ich ihm, indem ich seine Aussage entsprechend modifizierte: „Daher kann ich mich auch nicht darüber aufregen, wenn Russland Soldaten auf Kuba stationiert und

diese daher nahe an die USA heranrücken. Dass dies Obama nicht gefällt, ist selbstverständlich“. Mit dieser meiner Mail endete unser Mailwechsel.

In diesem Zusammenhang aufschlussreich ist eine Aussage von Kahlweit, die ich ebenfalls mit dem fragwürdigen Verhalten des Westens konfrontierte. Sie antwortet mir, dass eine berechtigte Kritik an der Politik der USA uns nicht von der Pflicht enthebe, auch auf das völkerrechtswidrige Handeln anderer Staaten kritisch zu schauen.

Ich bin mir sicher: ein des Konflikts Unkundiger aus anderen Hemisphären hätte gewiss den Eindruck, dass der Fokus der westlichen Medien auf der Kritik am Verhalten des Westens liege und nun endlich die Zeit gekommen sei, auch das russische Verhalten kritisch zu begleiten. Da aber das genaue Gegenteil dessen Realität ist, fragt sich, ob hier möglicherweise eine Freudsche Fehlleistung von Kahlweit vorliegt. Einen denkbaren Sinn macht die Aussage jedenfalls nicht. Die von mir konstatierte Verschiebung der Betrachtungsweise durch Ulrich scheint mir auf der gleichen Verdrängungsebene zu liegen wie die merkwürdige Aussage von Kahlweit.

Im Lauf der Auseinandersetzung konnten Ulrich und Kahlweit nicht umhin, Fehler der westlichen Politik gegenüber der Ukraine und Russland einzuräumen, wie z.B. in obigem Zitat von Kahlweit, in welchem sie zumindest implizit zugegeben wurden. Und Ulrich konzidiert, dass man Russland besser hätte einbinden müssen in die EU-Politik gegenüber der Ukraine. Die EU-Politiker seien offenbar blauäugig gewesen und hätten überhaupt nicht abgeschätzt, wie sich die Lage entwickeln werden würde. Erneut ignorieren sie ihre journalistische Sorgfaltspflicht, indem sie zwar mir gegenüber Fehler zugeben, sie aber ihren Lesern konsequent vorenthalten und sie somit nachweislich manipulieren, da das Feindbild keinerlei Grautöne zulässt.

In seiner letzten Mail teilt Ulrich mir mit, dass die wesentlichsten Argumente ausgetauscht seien, er auch meine letzte Mail aufmerksam gelesen habe und nun meine Argumente auf sich wirken lasse. Zumal er Fehler der westlichen Politik im Laufe der Auseinandersetzung zugegeben hat, sah ich erste kleine Pflänzchen einer differenzierten Sichtweise wachsen. Die Hoffnung holte mich aber schnell ein. Kurze Zeit später schrieb er einen Leitartikel, der das, was er bisher schrieb, noch einmal übertraf.

August 2014